

Ronja Morgenthaler • Lasse Thiele*

Den Absprung finden

Mit einem Green New Deal über den Kapitalismus hinaus?

Zusammenfassung: »Radikale« Vorschläge für einen Green New Deal (GND) versuchen, das große Mobilisierungspotenzial der Idee für eine tiefergehende sozial-ökologische Transformation zu nutzen. Sie bleiben jedoch vage in Bezug auf die Frage, wie und wo sich der Entwicklungspfad eines solchen transformativen GND von einem re-sozialdemokratisierten »grünen« Kapitalismus lösen soll. Dieser Beitrag schlägt vor, einen radikalisierten GND als möglichen Transformationsbaustein innerhalb einer an E.O. Wright angelehnten dreiteiligen Transformationsstrategie zu verstehen, die »symbiotische« Reformmaßnahmen im Zusammenspiel mit der Erweiterung von nichtkapitalistischen Freiräumen anvisiert.

Schlagwörter: Green New Deal, Degrowth, sozial-ökologische Transformation, Kapitalismus

Finding the jump

Beyond capitalism with a Green New Deal?

Abstract: »Radical« proposals for a Green New Deal (GND) attempt to harness the idea's enormous mobilization potential for a deeper social-ecological transformation. But they remain vague as to where and how the trajectory of such a transformative GND should depart from a social-democratic variant of »green« capitalism. This article proposes to understand a radicalized GND as a potential building block within a three-pronged transformation strategy inspired by E.O. Wright, envisioning an interplay between »symbiotic« reforms and the expansion of non-capitalist spaces.

Keywords: Green New Deal, degrowth, social-ecological transformation, capitalism

* **Ronja Morgenthaler** ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet im Konzeptwerk Neue Ökonomie zu Utopie und Transformation. | **Lasse Thiele** ist Politikwissenschaftler und arbeitet im Konzeptwerk Neue Ökonomie zu Klimagerechtigkeit.

System change by Green New Deal? Die offene Transformationsfrage

Die jüngere Debatte über einen Green New Deal (GND) begann in den Krisen Jahren 2007-2009 und zielte auf eine sozial-ökologische Reform des Kapitalismus (Green New Deal Group 2008; UNEP 2009). Erweitert und durchaus auch als übergreifende Plattform für linke Politik radikalisiert wurde sie im Kontext der global erstarkenden Klimabewegung seit 2018, vor allem in den USA (Klein 2018). Wie umkämpft der Begriff mittlerweile ist, verdeutlicht seine Adaption durch die EU-Kommission für ihren *European Green Deal* (EU-Kommission 2019), der deutlich in der marktorientierteren Tradition der *Green Economy* bzw. des *green growth* steht (OECD 2011; UNEP 2012).

Wie viel sozial-ökologisches Transformationspotenzial steckt angesichts dieses weiten Spektrums in einem solchen Deal? Aus Degrowth-Perspektive¹ scheint dies zunächst begrenzt, lassen GND-Vorschläge doch in der Regel die Grundstrukturen der wachstumsabhängigen kapitalistischen Ökonomie unangetastet und laufen implizit oder explizit auf das Versprechen eines »grünen« Wachstums hinaus. So löst ein GND das ökologische Grundproblem dieses Wirtschaftssystems nicht und er verspricht auch keine globale Klimagerechtigkeit: Ewiges »grünes« Wachstum, also die dauerhafte absolute Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcen- und Senkenverbrauch durch atemberaubende grün-technologische Innovation, kann theoretisch wie empirisch als unrealistisch verstanden werden (Parrique u.a. 2019). Wenn jedoch fortlaufende Kapitalakkumulation an eine begrenzte materielle Basis gekoppelt bleibt, ist davon auszugehen, dass auch ein durch einen GND begrünter Kapitalismus schnell an planetare Grenzen stoßen würde. Sicher scheint, dass die für Klimastabilisierung notwendige schnelle drastische Emissionsreduktion so unerreichbar bleibt.²

Gleichzeitig offenbart die Idee des Green New Deal ein großes politisches Mobilisierungspotenzial: Sie ist realpolitisch zunächst deutlich anschlussfähiger als die immer noch – teils zu Unrecht – primär mit Verzicht assoziierte

1 Der Postwachstums-Diskurs ist mindestens so divers und politisch heterogen wie derjenige um den GND. Der hier vertretene Degrowth-Standpunkt sieht dabei in Abgrenzung zu liberalen Postwachstumsströmungen eine antikapitalistische Perspektive als notwendigen – wenngleich nicht erschöpfenden – Bestandteil einer fundierten Wachstumskritik und damit auch einer plausiblen Transformationsstrategie (vgl. Schmelzer/Vetter 2019). Er teilt damit zentrale Argumente der ökomarxistischen Tradition (vgl. Burkett 2001; O'Connor 1998 sowie den Beitrag von Burkett und John Bellamy Foster zu den Fundamenten einer kritischen ökologischen Ökonomie in den Werken von Marx und Engels in *PROKLA* 159 und 160).

2 Für eine ausführliche Darstellung vgl. Thiele 2020, insb. Kap. 5 und 10.

Vorstellung einer Postwachstumsgesellschaft (vgl. Hofferberth/Schmelzer 2019; Mastini u.a. 2021). Hier bieten sich offensichtliche Anknüpfungspunkte und Gelegenheiten zur Bündnispolitik, etwa in der Energie- und Verkehrspolitik. Lässt sich also eine Synthese schaffen, durch die ein GND zum Transformationsschritt auf dem Weg in eine (postkapitalistische) Postwachstumsökonomie werden könnte?

Radikalere Konzeptionen eines Green New Deal erkennen diese Ambivalenz mehr oder weniger unumwunden an. Im Umfeld der US-amerikanischen *Democratic Socialists of America* etwa wird ein »radical Green New Deal« als riesiges Mobilisierungsprojekt und als Transformationsprogramm in eine postkapitalistische Zukunft präsentiert (Aronoff u.a. 2019). Doch die Ausführungen beziehen sich explizit nur auf erste große Reform- und Investitionsprioritäten in den 2020er-Jahren; die Frage des prinzipiell als notwendig anerkannten weiteren Transformationspfads wird ausgeklammert. Im Konzept des aus der linkssozialdemokratischen DIEM25-Bewegung initiierten »Green New Deal for Europe« wiederum finden sich zahlreiche Degrowth-Ansätze, gefordert wird hier auch: »Schluss mit dem Dogma des endlosen Wachstums« (Adler/Wargan 2019: 16). Doch die Systemfrage – wie kann neben der Wachstumsideologie auch der *materielle* Wachstumszwang einer kapitalistischen Ökonomie überwunden werden? – wird bei der folgenden Diskussion alternativer Wohlstandsindikatoren wiederum ausgelassen.

Für eine tiefergehende sozial-ökologische Transformationsperspektive müssen letztlich kapitalistische Grundstrukturen angegangen werden: Eigentums- und damit Klassenverhältnisse, Warenform, Konkurrenz und damit Akkumulationszwang. Der Verwertungskreislauf ständig wachsender Kapitalmassen, in dem jede Stockung Krisenmomente hervorruft, müsste für eine nachhaltige Transformation nicht nur unterbrochen oder umgelenkt, sondern dauerhaft unterbunden werden. Diese Frage des späteren Verlaufs einer radikalen Transformation liegt natürlich in der Praxis nicht »obenauf«. Sie erscheint uns zur Orientierung dennoch wichtig, um in der laufenden GND-Debatte einen postkapitalistischen Degrowth-Horizont zu skizzieren und strategische Prioritäten im Hier und Jetzt zu identifizieren. Dieser Artikel versucht somit, die wahrgenommene Lücke in den Transformationsstrategien »radikaler« GND-Ansätze ein Stück weiter auszufüllen, ohne dabei natürlich den – unmöglichen – Anspruch zu erheben, einen abgeschlossenen »Transformationsplan« vorzulegen. Wir nehmen dabei eine bewegungsstrategische Position ein, denken aber auch konkrete Schritte auf Policy-Ebene an, die innerhalb dieser Strategie sinnvoll zu verfolgen wären.

Aus marxistischer wie auch aus Degrowth-Perspektive wird der strategische Umgang mit der GND-Debatte seit längerem diskutiert. Dellheim/Wolf

(2009) sehen dabei ähnlich wie wir die Demokratisierung gesellschaftlicher Infrastrukturen als wesentliches Anliegen für eine transformative Zuspitzung eines GND. Hofferberth/Schmelzer (2019) möchten die Mobilisierungstärke der GND-Idee mit einer inhaltlichen Ausrichtung auf Postwachstumspolitik verknüpfen. Mastini u.a. (2021) haben zuletzt eine produktive Synthese in Form eines »GND ohne Wachstum« angeregt. Während all diese Beiträge sich inhaltlich und strategisch mit unserem Ansatz überschneiden, befassen auch sie sich nicht explizit mit der Aufhebung des strukturellen Wachstumszwangs.

Im Folgenden stellen wir das Transformationsdilemma noch einmal zuspitzt dar und nähern uns über Erik Olin Wrights Transformationsansatz einer Antwort. Da in Transformationsdebatten mit Blick auf reale Umsetzungsperspektiven bislang »zu viel unklar« bleibt, wie Michael Brie (2015: 14, Herv. i.O.) betont, versuchen wir, diesen Ansatz anschließend mit Bezug auf die GND-Problematik zu konkretisieren. Dabei gilt es nicht nur, die Reformpolitik eines GND-Projekts zu radikalieren und Degrowth-kompatibel zu ergänzen, sondern auch, erweiterte Freiräume für nichtkapitalistische Strukturen zu erkämpfen und die politische Gegenmacht zu organisieren, durch die solche Reformen ebenso wie eine tiefere Transformation überhaupt erst durchsetzbar würden.

Den Absprung finden: Das Green-New-Deal-Dilemma

Gehen wir also davon aus, dass soziale, ökologische und Kapitalinteressen – anders als von »grünen« Kapitalismusmodellen versprochen – nicht alle dauerhaft vereinbar sind, so dürften Kapitalinteressen in einer sozial-ökologischen Transformation *langfristig* nicht mehr zur Geltung kommen. *Kurzfristig* jedoch scheinen Reformen, die Verwertungsinteressen diametral entgegengesetzten und den Akkumulationsprozess zu blockieren drohten, kaum politisch durchsetzbar zu sein. Kapital ist zu erheblichen Teilen mobil (auch wenn sich diese Mobilität prinzipiell politisch beschneiden ließe): Werden Akkumulationsmöglichkeiten durch politische Regulierung beschnitten, fließt Kapital in andere Sektoren und Regionen. Spätestens jedoch, wenn der Spielraum für Akkumulation quer durch die globale Ökonomie insgesamt rigoros begrenzt werden soll, können Kapitalflucht und -streik, politische Gegenkampagnen und klassische Korruption zu ökonomischen wie zu politischen Kriseneffekten führen, die die gesamte Gesellschaft in Mitleidenschaft ziehen.

Erste Reformschritte in einem Green New Deal wären daher politisch eher im Rahmen eines von einer breiten gesellschaftlichen Koalition getragenen ökokeynesianischen Konjunkturprogramms vorstellbar. Dadurch könnten

wirtschaftliche Kriseneffekte abgewendet werden, die es konservativen Kapitalfraktionen unmittelbar ermöglichten, politisch den Abbruch des grünen »Experiments« zu erwirken. Das bedeutete aber wiederum absehbar den mit Wachstumsprozessen einhergehenden steigenden Ressourcenverbrauch – was die positiven ökologischen Effekte solcher Investitionen mindestens teilweise kompensieren, wenn nicht gar überkompensieren würde. Paradoxerweise gilt: Je weniger Kapitalverwertung in einem GND-Szenario auf globalen Externalisierungsmechanismen basieren kann, je mehr also soziale Gerechtigkeitsversprechen eingehalten werden, desto stärker ist sie auf klassische erweiterte Reproduktion angewiesen – auf umso mehr »grünes« Wachstum also, für das es langfristig keine plausible und verlässliche Grundlage gibt (Thiele 2020: 116f.).

Es stellt sich also die Frage, wann, wie und wo der Absprung zu finden wäre: Wie weit muss eine transformative GND-Strategie den GND kapitalistisch »funktionieren lassen«, um politisch erfolgreich werden zu können? Wo und wie kann und muss sich der Entwicklungspfad eines transformativen Green New Deal von einem re-sozialdemokratisierten »grünen« Kapitalismus lösen?

Wie funktioniert ein Zurückdrängen kapitalistischer Kräfte in einer sozial-ökologischen Transformation?

Wie kann nun eine Transformation der Gesellschaft gelingen, die den Kapitalismus nicht nur sozial-ökologisch erneuert, sondern tatsächlich Akkumulations- und Wachstumszwang überwindet? Dazu ließe sich erkunden, inwiefern sich die Reformmaßnahmen eines GND, die zunächst durch sozial-ökologische Investitionen, die Stärkung marktunabhängiger sozialer Infrastrukturen, »grüne« Technologien und Umverteilungsmechanismen die zerstörerischen Folgen des kapitalistischen Wachstumszwangs einzuziehen versuchen, in eine antikapitalistische Transformationsstrategie einbinden ließen.

In diesem Beitrag argumentieren wir, dass die umfassenden Reformpakete eines radikalisierten GND Transformationsbausteine im Sinne einer »doppelten Transformation« (Klein 2013) darstellen könnten, die am Bestehenden ansetzen und gleichzeitig darüber hinausweisen.³ Transformation

³ Der durch Dieter Klein geprägte Begriff der »doppelten Transformation« bezieht sich auf die Notwendigkeit von Strategien, die eine innerkapitalistische Transformation über Reformmaßnahmen verfolgen, die bereits eine anschließend zu verwirklichende postkapitalistische Transformation vorzeichnen. Die Möglichkeit eines Green New Deal wurde bereits in diesem Sinne analysiert, in starker Übereinstimmung mit der hier vorgeschlagenen Stoßrichtung (Brie 2015; Klein 2013: Kap. 4).

ist damit ein vielschichtiger, ungleichzeitiger und nichtlinearer Prozess, in dem unterschiedliche Strategien ineinandergreifen. In seiner Theorie der Transformation skizziert Erik Olin Wright drei Strategieansätze: *Symbiose*, *Freiraum* und *Bruch* (Wright 2017: 412f.).

Der Grundgedanke *symbiotischer Strategien* ist, dass die Ermächtigung und das Erringen sozialer oder ökologischer Verbesserungen im Kompromiss mit den herrschenden Institutionen und Klassen vollzogen wird. In dieser sozialdemokratischen Tradition geht es um »Klassenkompromisse«, die auch Probleme der kapitalistischen Klasse lösen. In Anbetracht der realen Klimakatastrophe, die letztlich durch die Zerstörung der natürlichen Umwelt und damit der ausbeutbaren Ressourcen auch die Reproduktionskosten für das Kapital in die Höhe treibt, ließe sich ein solcher Klassenkompromiss politisch forcieren. Ein GND müsste dabei durch den ökologischen Umbau »grünes« Wachstum ermöglichen. Genau in dieser Verbindung von sozialen, ökologischen und Kapitalinteressen liegt also die größte Chance, aber auch der größte Fallstrick aller GND-Ansätze – denn wo in der Nachkriegszeit ein Klassenkompromiss auf Kosten von intensivierter Naturlausbeutung zumindest im globalen Norden möglich war (Exner u.a. 2008: 145), fehlt dazu heute der ökologische Spielraum.

Freiraumstrategien setzen auf die Entwicklung von Alternativen und neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, die eine postkapitalistische Gesellschaft im Kleinen vorwegnehmen. Sie entwickeln sich »in den Zwischenräumen und Rissen innerhalb einer herrschenden Machtstruktur« (Wright 2017: 437). Das Ziel von Freiraumstrategien und »Nowtopias« ist es, die Spaltung von Produktion und Reproduktion zu überwinden. In einer anarchistischen Tradition geht es dabei um den Auf- und Ausbau von Gemeingütern jenseits des Staates, um Commons, die ein gutes Leben der Menschen ermöglichen.⁴ Dabei stehen diese Projekte immer in einem Spannungsverhältnis mit dem existierenden System, da sie innerhalb dessen ihr transformatives Potenzial behaupten müssen (vgl. Helfrich/Bollier 2014: 22). Freiraumstrategien können auf zwei Weisen über den Kapitalismus hinausweisen: »[E]rstens, indem sie die Bedingungen verändern, unter denen schließlich ein Bruch vollzogen werden könnte, zweitens, indem sie allmählich Umfang und Tiefgang ihrer Aktivitäten erweitern, sodass kapitalistische Zwänge aufhören, ihnen verbindliche Grenzen aufzuerlegen« (Wright 2017: 443). Im besten Falle werden

4 Die historische Zerstörung dieser Gemeingüter in der sogenannten ursprünglichen Akkumulation, der »Scheidungsprozess von Produzent und Produktionsmittel« (Marx, MEW 23: 742), ermöglichte das Entstehen von Privateigentum und markiert den Ursprung der kapitalistischen Produktionsweise.

so resiliente Strukturen geschaffen, die skalierbar sind und als reale Alternativen kapitalistische Institutionen langfristig ersetzen können.

Nach Wright setzen neue Institutionen jenseits des Kapitalismus »einen deutlichen Bruch innerhalb der bestehenden Institutionen und Gesellschaftsstrukturen [voraus]« (ebd.: 414). Um diesen *Bruch* zu forcieren, geht es auf der strategischen Ebene zunächst um einen Kampf um Hegemonie, durch zivilgesellschaftliche Ermächtigung und den Aufbau von Gegenmacht. In den außerparlamentarischen Massenmobilisierungen sozialer Bewegungen scheinen solche bruchartigen Momente auf, wenn zum Beispiel mit den Protesten der *Black-Lives-Matter*-Bewegung die Auflösung polizeilicher Institutionen gefordert wird oder mit Blockaden von fossilen Industrien die Enteignung von Großkonzernen. Diese Formen schließen an Traditionen des revolutionären Sozialismus an und greifen staatliche Strukturen und die Institutionen des Kapitals, mit dem Ziel ihrer Beseitigung, bisweilen offen an.

Diese dritte Dimension wird nicht nur in der GND-Debatte, sondern auch in Degrowth-Transformationsstrategien, die sich auf Wright beziehen, zuweilen vernachlässigt (vgl. Petridis 2016; D’Alisa/Kallis 2020). Zuletzt wurde etwa von einigen Autor*innen zurecht eine gründlichere materialistisch-staatstheoretische Fundierung der Degrowth-Debatte ins Auge gefasst (Koch 2020; D’Alisa/Kallis 2020). Auffällig ist dabei aber, dass die Bruchstrategie nahezu vollständig unter den Tisch fällt: In D’Alisas und Kallis’ (2020) exemplarischer Diskussion des Maximaleinkommens als einer gegenhegemonialen Policy – durchsetzbar durch eine Mischung aus symbiotischer Reformpolitik und vorbildhaften zivilgesellschaftlichen und alternativökonomischen Initiativen – rücken vor lauter (begrüßenswerter) Konzentration auf Staatstheorie plötzlich ökonomische Verhältnisse ganz in den Hintergrund. Bei Koch (2020) wird die von der materialistischen Staatstheorie betonte »relative Autonomie« der politischen gegenüber der ökonomischen Sphäre implizit zur vollständigen Autonomie. Wie in der GND-Debatte zeigt sich an dieser Stelle also auch in Teilen der Postwachstumsbewegung das Fehlen einer Transformationsperspektive, die den Bruch mit ökonomischen Wachstumswängen in letzter Konsequenz einbeziehen würde. D’Alisa/Kallis (2020) subsumieren politische (Gegen-)Mobilisierungen unter »symbiotische« Strategien; sie zielen also offenbar auf den parlamentarischen Normalbetrieb liberaler Demokratien ab, innerhalb dessen hegemoniale Verschiebungen anvisiert werden.

Ähnlich wie Schmelzer/Vetter (2019) gehen wir jedoch davon aus, dass ein Transformationsprozess nicht ohne bruchartige Momente auskommt, auch wenn er sich nicht über ein einmaliges, alle Heilsversprechen einlösendes revolutionäres Ereignis definiert. Die Eigentumsordnung lässt sich so wenig über den parlamentarischen Normalbetrieb umkrepeln, wie sie sich über

ein organisches Wachstum von Freiräumen verdrängen lässt. Gerade wenn eine Transformation *politisch* nur als schrittweise Zurückdrängung des Kapitalismus vorstellbar ist, würde dies *ökonomisch* und *juristisch* derart tiefe Widersprüche in einem expansiven System produzieren, dass immer wieder mit eskalativen politischen Auseinandersetzungen im Sinne eines gramscianischen »Bewegungskrieges« zu rechnen wäre.

Bruch ist hier ein doppelsinniger Begriff: Er steckt schon in jeder durch soziale Bewegungen bewusst eingegangenen *Konfrontation* mit kapitalistischen Grundprinzipien. Für eine Transformation müssen sich Brüche aber natürlich auch in *Ereignissen* materialisieren. Reformen sind dabei nicht per se Ausdruck einer »bloß« symbiotischen Strategie. Sie können durchaus Bruchpotenzial haben: Die großflächige Enteignung von Wohnungskonzernen zugunsten einer demokratischen Verwaltung öffentlichen Wohnraums, wie es beispielsweise die Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« fordert, würde zwar wie andere Reformen über die Institutionen des bürgerlichen Rechtsstaats festgeschrieben. Sie nimmt aber ihren Ursprung in der Zivilgesellschaft, setzt eine tiefgehende Konfrontation mit dem herrschenden Block voraus und bedeutete zumindest eine teilweise »Umkrempelung« der Eigentumsordnung in einem sehr grundlegenden Sektor – hin zu einer klar postkapitalistischen, demokratischeren Vergesellschaftungsweise.⁵

Dafür muss Gegenmacht organisiert werden, die zwar durchaus ständig in parlamentarische Prozesse hineinwirken müsste (und gleichzeitig die soziale Basis für Freiraumprojekte kontinuierlich erweitern würde), diese aber nicht als abgeschlossenen Zielhorizont versteht. Letztlich könnte ein Green New Deal eben nur dann zum Sprungbrett in den Postkapitalismus werden, wenn starke Bewegungen auch bereit sind (immer wieder) zu springen. Selbst wenn das aus der Gegenwartsperspektive utopisch klingen mag, ist es für das Zusammenspiel der drei Dimensionen von Beginn an zentral: Erst durch die systematische Organisation von Gegenmacht, die auch utopische Ansprüche geltend macht, können kurzfristige symbiotische und Freiraumstrategien in relevantem Maße wirksam werden. Ohne solchen Rückenwind drohen sie als reformpolitisches Klein-Klein respektive harmlose Nischenexperimente zu enden.

Drei verschiedene Taktiken gegenüber Herrschaftsstrukturen stehen hier also im Raum: Kompromisse schließen, ihnen ausweichen oder sie bekämpfen. Mit Wright gehen wir davon aus, dass alle drei Taktiken zur Anwendung

5 Das unterscheidet sie von eher symbiotischen Reformschritten wie etwa einer Mietpreisbremse, die eine »Überhitzung« des Wohnungsmarktes abdämpfen und damit (system)stabilisierend wirken soll.

kommen müssen – und das nicht isoliert voneinander, sondern produktiv ineinandergreifend. Wie das im Kontext eines Green New Deal aussehen könnte, möchten wir im Folgenden skizzieren.

Symbiotisches – Investitionsziele für einen Green New Deal plus?

Zuerst blicken wir auf den »symbiotischen« Teil der Strategie. Hier geht es darum, Einfluss zu nehmen auf realpolitische Reformprozesse, also auf die staatlichen Maßnahmen, die, entsprechende parlamentarische Mehrheiten vorausgesetzt, einen Green New Deal – oder ein vergleichbares sozial-ökologisches Reformprojekt – einleiten würden. Wir gehen, wie zuvor beschrieben, davon aus, dass ein erheblicher Teil eines solchen Maßnahmenkatalogs aus einem Investitionspaket bestehen würde, auf das wir hier exemplarisch eingehen möchten. Da es mithilfe eines breiten politischen Bündnisses geschnürt werden müsste, sollten sich auch einige Kapitalfraktionen davon etwas versprechen können.

Welche Möglichkeiten gäbe es also, aus einer radikalen, Degrowth-inspirierten Position hier Investitionsschwerpunkte so zu beeinflussen, dass sie zu den Grundlagen einer tiefgreifenden Transformation beitragen, und den Green New Deal durch eine institutionell abgesicherte Verschiebung polit-ökonomischer Kräfteverhältnisse über den Charakter einer »passiven Revolution« in Gramscis Sinne hinaus zu bewegen?

Unstrittige Eckpfeiler eines Green New Deal sind die Bereiche Erneuerbare Energien, öffentliche Verkehrsinfrastruktur und Wohnen: Erneuerbare sollen fossile ersetzen, öffentlicher Personenverkehr soll erhebliche Teile des motorisierten Individualverkehrs verdrängen, ökologischer Wohnungsbau und sozialverträgliche energetische Gebäudesanierung sollen weite Teile des Wohnsektors möglichst energieneutral gestalten. Zurecht betonen Aronoff u.a. (2019), dass die Grundversorgungssektoren dafür eines »letzten Stimulus« in Form massiver öffentlicher Investitionen bedürften.⁶ Möglichkeiten zur transformativen Verschiebung in diesen Bereichen ergeben sich, wenn sie mit Freiraumansätzen zusammengedacht werden (siehe nächster Abschnitt).

Zentrale Aufgabe eines Transformationsprojekts müsste darüber hinaus sein, Sorgearbeit ins Zentrum des Wirtschaftens zu rücken, damit aufzuwerten und gerecht zu verteilen. Wenngleich dies der kapitalistischen Verwer-

⁶ Wie Aronoff u.a. (2019: Kap. 4) zurecht hervorheben, ist in all diesen Bereichen eine Verknüpfung mit progressiver Rohstoffpolitik zentral, um den globalen Externalisierungsmustern eines »grünen« Kapitalismus wirksam zu begegnen. An dieser Stelle bietet im deutschen Kontext beispielsweise die Auseinandersetzung um das geplante Lieferkettengesetz einen spannenden Anknüpfungspunkt.

tungslogik zuwiderläuft, sollten im Rahmen eines GND-Investitionspakets zunächst Spielräume für die Förderung (bezahlter) reproduktiver Bereiche wie Gesundheit und Erziehung existieren. Die Personalnot in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kitas und Schulen zu beenden – bei gleichzeitiger struktureller Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten auch über den bloßen Personalschlüssel hinaus – sollte ein Schlüsseler-sprechen einer GND-Plattform sein, das unmittelbar in der Gesellschaft spürbare positive Auswirkungen, sinkende Arbeitslosenzahlen und kurzfristig eintretende Konjunkturerfekte mit sich brächte. Gleichzeitig würde die Ausgangsposition für eine tiefere Transformation hin zu einer sorge-zentrierten Ökonomie verbessert.

Nicht umsonst lassen sich diese Reformen als »symbiotische« Strategien fassen: Während sie regelmäßig auf erhebliche Widerstände aus »führenden« Industrien stoßen, würden sie in breiten Wirtschaftssektoren mittelfristig für volle Auftragsbücher sorgen, insbesondere im Handwerk und im gesamten Bausektor. Auch Maßnahmen im Gesundheits- und Bildungsbereich würden zahlreiche Arbeitsplätze schaffen. All dies könnte kurzfristig konjunkturstimulierend wirken und so dazu beitragen, unmittelbare kapitalistische Krisenerscheinungen nach gängigen Indikatoren zu vermeiden. Damit zeichnet sich zumindest das materielle Potenzial für eine breite Koalition gesellschaftlicher Kräfte ab, das die entsprechenden Reformen in den Bereich des mehrheitspolitisch Möglichen rückt. Das Kalkül bestünde also darin, durch massive öffentliche Investitionen in ohnehin weithin als notwendig anerkannte Grundinfrastrukturen in dieser kritischen ersten Phase eines Transformationsprozesses das Gespenst eines Kapitalstreiks im Bann zu halten.

Zwei Haken einer solchen symbiotischen Investitionsoffensive bleiben allerdings: Zum einen basierte ihre politökonomische »Verdaulichkeit« zunächst auf dem Aufbau einer »Ökonomie der Zusätzlichkeit« (vgl. Thiele 2020: 270f.), die die existierenden, nicht nachhaltigen Infrastrukturen der kapitalistischen Wachstumsökonomie ergänzte. Je weniger energieintensive Industrien von einem GND in der Frühphase betroffen wären, desto größer wohl dessen politische Durchsetzungschancen – desto geringer jedoch gleichzeitig sein ökologischer Effekt und die durch ihn bewirkte Verschiebung polit-ökonomischer Kräfteverhältnisse. Diese Entwicklung müsste daher mittelfristig mit einem – auch schon reformpolitisch anzugehenden, aber ungleich schwierigeren – umfassenden Rückbau ökologisch schädlicher Infrastrukturen und Industriezweige gekoppelt werden.

Zum anderen deuten sich Bruchmomente bereits in den Auseinandersetzungen um die *Finanzierung* dieser Vorhaben an: Die Umwidmung gesellschaftlicher Ressourcen in der angedeuteten Größenordnung setzt eine

erhebliche materielle Umverteilung voraus. Nur begrenzt sollte aus transformativer Sicht der Deal nach keynesianischem Muster schuldenfinanziert werden. Der Schuldendienst bedeutete letztlich eine schleichende Umverteilung von unten nach oben und würde mittelfristig nur staatliche Wachstumszwänge weiter verstärken: Statt vorhandenes Kapital nur über Anlagemöglichkeiten anzulocken und öffentliche sozial-ökologische Investitionen so indirekt einem stärkeren Renditedruck auszusetzen, muss darauf auch direkt zugegriffen werden. Es braucht also Steuern und Abgaben auf Vermögen, Land und hohe Einkommen, die für sich genommen heftige politische Auseinandersetzungen bedingen.

Freiräume – Platz schaffen für »Nowtopias«

Wie könnten Freiraumstrategien in einem Transformationsprozess mit dem Reformprogramm eines GND verschränkt werden, damit resiliente Strukturen entstehen, die skalierbar sind und das Potenzial haben, kapitalistische Institutionen langfristig abzulösen? Entscheidend sind wiederum die »Infrastrukturen des alltäglichen Lebens« (vgl. Foundational Economy Collective 2019). Diese müssen langfristig den Markt- und Verwertungslogiken entzogen werden, um so neue »solidarische Beziehungsweisen« (Adamczak 2017) zwischen den Menschen, jenseits von Markt, Staat und Privateigentum zu ermöglichen. Aktuelle Beispiele von »Nowtopias« finden sich in Projekten wie Wohnungsgenossenschaften, Kommunen, solidarischen Landwirtschaften, Energiegenossenschaften oder Stadtteilgesundheitszentren. Alle diese Formen eint, dass sie community-basiert wirtschaften, Elemente demokratischer Selbstverwaltung praktizieren und Care ins Zentrum ihrer Tätigkeit stellen (vgl. Wichterich 2017). Diese Projekte zu fördern und zu vervielfältigen, könnte ein zusätzlich erkämpfter Teil eines GND-Reformpakets sein. Der Staat würde also nicht »ignoriert«, sondern »eingespannt« – nicht um die Entwicklung solcher Freiräume »von unten« zu ersetzen, sondern um die durch Marktzwänge erschwerten Rahmenbedingungen für ihr Gedeihen zu verbessern.

Gerade bei den im vorherigen Abschnitt diskutierten Sektoren Energie, Mobilität, Wohnen und Gesundheit geht es also jenseits der quantitativen Größenordnung von Investitionspaketen aus Transformationsperspektive darum, den Zugang zu und die Kontrolle über diese gesellschaftlichen Infrastrukturen zu demokratisieren. Im Wohnbereich etwa kann es nicht nur um einen CO₂-ärmeren Gebäudebestand gehen, sondern um einen möglichst marktunabhängigen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum. Diese Faktoren sind entscheidend für eine längerfristige Verschiebung politökonomischer Kräf-

teverhältnisse, wie auch für die kurzfristige politische Mobilisierungskraft eines solchen Projekts, durch die schließlich auch die ökologischen Vorteile erst in vollem Umfang realisierbar werden.

Zentral ist dafür zunächst die Rekommunalisierung von kritischen Infrastrukturen, insbesondere Wohnraum, Wasser- und Energieversorgung sowie Land. Kommunal erworbenes Land etwa könnte dann in einem öffentlichen Konzeptvergabeverfahren selbstverwalteten Kollektiven zur Verfügung gestellt, rekommunalisierter Wohnraum in genossenschaftliches Gemeineigentum überführt und so selbstverwaltetes Wohnen in der Breite ermöglicht werden. Bürgerenergiegenossenschaften könnten ebenfalls von Investitionen profitieren und in Zusammenarbeit mit Wohnungsgenossenschaften eine dezentrale und ökologische Versorgung mit Energie für diese Mieter*innengemeinschaften gewährleisten. Indem die Privatisierung der Krankenhausträger zurückgenommen würde und medizinische Leistungen nicht mehr an Fallpauschalen hängen, könnten Stadtteilgesundheitszentren, die nicht leistungsbezogen wirtschaften, ihre Arbeit ausbauen. So könnten Zentren entstehen, in denen Gesundheitsarbeiter*innen multiprofessionell auf Augenhöhe zusammenarbeiten, Prävention und Selbstorganisation der Menschen im Zentrum stehen (vgl. Schubert 2020; Kuhnhenh u.a. 2020).

Auch Produktionsgenossenschaften könnten prinzipiell durch öffentliche Subventionen oder Kreditgarantien und Richtlinien für öffentliche Beschaffung in der Breite gefördert werden, etwa in der solidarischen Landwirtschaft. Diese könnte von allgemeinen Maßnahmen für kleinbäuerliche Betriebe – wie der Kopplung von Subventionen an den Arbeitszeitbedarf statt an bewirtschaftete Flächen oder die Unterstützung bei (außer)familiärer Hofnachfolge – profitieren (vgl. ÖBV 2020). Sie könnten aber durch Abnahmeverträge mit lokalen öffentlichen Einrichtungen oder bevorzugte Flächenvergabe auch gezielt gefördert werden.

Insgesamt zielt der Ausbau von Freiräumen und »Nowtopias« auf Resilienz durch Regionalisierung. Die Produktion von Lebensmitteln und Energie, das Bereitstellen von Gesundheitsdiensten und gutem Wohnraum findet auf lokaler Ebene statt. Vervielfältigen sich diese Formen, können sie sich in einem polyzentrischen Netzwerk verschränken, wie Elinor Ostrom das Wirtschaften und Regieren jenseits von Markt und Staat nennt (vgl. Ostrom 2009). Wichtig bleibt dabei die Frage, welche Infrastrukturen besser in öffentlichem, welche in genossenschaftlichem Besitz sein sollten oder welche Zwischenformen von Gemeinbesitz (etwa kommunaler Wohnraum mit weitgehender Mieter*innen-Mitbestimmung) denkbar sind, um wirklich effektiven Zugang und Mitspracherechte für alle sicherzustellen. Je weiter

Kommunen, Gemeinden oder Städte den Ausbau dieser Netzwerke vorantreiben, desto mehr können auch durch thematische Räte neue demokratische Strukturen entstehen, in denen die jeweiligen Akteur*innen über ihre Belange entscheiden.

Durch diese Entwicklungen gilt es, die Schicksalsgemeinschaft zwischen dem Kapital und der von ihm abhängigen Bevölkerung schrittweise aufzulösen. Nur wo die alltägliche Reproduktion in erheblichem Maße durch eine Kombination aus (wohlfahrts)staatlichen Mechanismen und als Commons organisierten alternativen Wirtschaftsstrukturen abgesichert ist, verlieren kapitalistische Rezessionen für die Mehrheit der Bevölkerung ihren existenzbedrohenden Charakter. Gegenhegemonie braucht diese materielle Verankerung im Alltagsleben, um in schwierigen Transformationsprozessen wirksam zu werden.

Gemeingüter entstehen allerdings nicht von selbst, und auch Policy-Maßnahmen können die Gründung alternativ-ökonomischer Projekte bestenfalls vereinfachen. Menschen müssen sich zusammenschließen und diese Strukturen aufbauen. Akteur*innen in den verschiedenen Bereichen müssen inspiriert werden, ihre Fähigkeiten in den Aufbau von Freiräumen einzubringen. Das geschieht nicht ohne einen gesellschaftlichen Diskurs, eine gemeinsame Analyse der Gegenwart und eine breite Mobilisierung – also nicht ohne Gegenmacht.

Bruchartiges – Gegenmacht und Eigentumskämpfe

Wie und wo kann sich eine Gegenmacht konstituieren? Zumindest für die ökonomische Dimension eines solchen Transformationsprozesses zeichnen sich Eigentumskämpfe quer durch die Gesellschaft als zentrale inhaltliche Schauplätze ab. Zusätzlich zur Gewinnung von Resilienz gegenüber kapitalistischen Kriseneffekten geht es hier auch darum, die sozial und ökologisch zerstörerische Dynamik endlos wachsender Kapitalmassen insgesamt zurückzudrängen.

Kapitalwerte in verschiedenen Branchen, wie auch »freischwebendes« Finanzkapital, müssten dafür schrittweise mit verschiedenen Mitteln unter Überwindung diverser politischer und juristischer Hürden angeeignet oder entwertet werden. Das kann mitunter indirekt durch Regulation geschehen: Die Kapitalisierung etwa fossiler Energiekonzerne hängt von der Verwertungsperspektive ihrer verbuchten Reserven ab. Müssen diese im Boden bleiben, implodiert ihr fiktiver Wert. An anderen Stellen geht es aber um schlichte Materie: Boden, Produktionsanlagen. In allen Bereichen müssten solche Vergesellschaftungen mehrheitlich *ohne* vollumfängliche Kompensation durch-

gesetzt werden, um den Verwertungsdruck nicht nur von einer Branche in andere zu verschieben. Wo schon die populäre Rekommunalisierung einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge durch juristische Hürden enorm erschwert wird, würden solche Kämpfe »gegen den Strich« der kapitalistischen institutionellen Logik schnell zu bruchartigen Momenten führen. Ein anschauliches Beispiel für mögliche Organisationsstrategien in der schrittweisen Entwicklung von Gegenmacht und für die Beharrungskräfte des herrschenden Blocks bietet die Dynamik um die erwähnte Berliner Kampagne »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«.

In einem denkbaren Transformationspfad würde so über eine Reihe von Bruchmomenten (mit unvorhersehbarem Zusammenspiel von staatlichen und außerstaatlichen Akteur*innen) der Spielraum für private Kapitalverwertung auf immer kleinere und immer stärker regulierte (Rand-)Bereiche der Ökonomie verengt. Ab einer nicht exakt bestimmaren Schwelle könnte dann von einer kapitalistischen *Produktionsweise* nicht mehr die Rede sein.

Da sich diese Bruchereignisse im Detail schwerlich vorwegnehmen lassen und angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse auch nicht sehr nahe zu liegen scheinen, möchten wir uns nun auf die unmittelbar wichtige Frage nach Gegenmacht, nach der *sozialen Basis* solcher Transformationskämpfe konzentrieren: *Wer* könnte warum diese bruchhaften Konfrontationen eingehen? Hier liegt, wie eingangs angedeutet, die wohl größte Schwäche der Degrowth-Idee und die vergleichsweise größte Stärke des GND. Während sich Teile der Postwachstums-/Degrowth-Bewegung nach wie vor auf Versprechungen eines qualitativ anderen Wohlstands konzentrieren, die sich vor allem an akademische Mittelschichten richten, praktizieren gerade die US-amerikanischen Mobilisierungen für einen GND eine intersektionalere Politik. Auch im deutschen Kontext eröffnen sich wertvolle Perspektiven, wenn einmal die Frage in den Vordergrund gestellt wird, wer eigentlich bei einer solchen Transformation auch *materiell* etwas zu gewinnen hätte.

Darunter fielen (post)migrantische Organisationen, in denen Menschen zusammenkommen, für die das Wohlstandsversprechen der Wachstumsgesellschaft nie wirklich galt.⁷ Gleichzeitig – und dabei sollten wir die Überschneidungen mit (post)migrantischen Gruppen mitdenken – bieten sich Anknüpfungspunkte in den Arbeitskämpfen von Beschäftigten in vielen Sektoren. Beispielhaft ist die jüngste Zusammenarbeit von Klimagruppen mit Beschäf-

7 Die politische Entrechtung weiter Teile migrantischer Communities durch fehlendes Wahlrecht und unsicheren Aufenthaltsstatus erschwert natürlich ihr Wirken als transformative Akteur*innen. Allianzen zwischen mehrheitlich *Weiß*en und (post)migrantischen Gruppen werden indes immer wieder dadurch geschwächt, dass sich in der Zusammenarbeit rassistische Verhaltensmuster reproduzieren (vgl. Nowshin 2020).

tigten im ÖPNV wie auch im Gesundheitssektor (Joswig 2020). Letztere wurde vor allem durch die Corona-Krise katalysiert, die die Widersprüche der Gegenwartsgesellschaft umso sichtbarer machte: »Kohle für Krankenhäuser statt Kraftwerke«, wie auf Flugblättern gefordert, ist ebenso plakativ wie intuitiv nachvollziehbar. Lange wurden Just-Transition-Bemühungen auf den zähen Widerstand von Gewerkschaften in fossilen Industrien konzentriert, während viel mehr Beschäftigte in Branchen arbeiten, in denen sie von einer solchen Prioritätenverschiebung profitieren würden.

Reichlich potenzielle Verbündete gäbe es von den unmittelbar für eine sorgeorientierte, sozial-ökologische Wirtschaft relevanten Sektoren – Gesundheit und Pflege, Bildung und Erziehung, Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung – bis hin zum Niedriglohnsektor, also all den Lieferdiensten sowie Logistik- und Callcentern des sich digitalisierenden Kapitalismus. Die ließen sich auch unter all denen finden, die unter der ungerechten Verteilung unbezahlter Sorgearbeit leiden. Allgemeine (Erwerbs-)Arbeitszeitverkürzung und die gerechte Umverteilung von Arbeit wären verbindende transformative Forderungen. Viele dieser Gruppen wären dabei vielleicht effektiver jenseits des Arbeitsplatzes für Transformationsprojekte zu gewinnen. Dafür bräuchte es etwa konsequentere Community-Organizing-Strategien, um niedrigschwelliges Engagement in explizit politischen Initiativen auch für Menschen mit geringen zeitlichen und finanziellen Ressourcen praktisch zu erleichtern. Zudem forcieren ökologische Krisen derzeit selbst in den Zentren der globalen Ökonomie einen vielleicht präzedenzlosen »objektiven« Generationenkonflikt – je jünger die Altersklasse, desto existentieller das Eigeninteresse an ambitionierten Transformationsprojekten. Hier formiert sich möglicherweise bereits eine Gegenmacht mit langem Atem.

Schluss

Für die Einbettung der gegenwärtigen Dynamik eines GND-Projektes in eine postkapitalistische Transformationsstrategie bräuchte es, so unser Argument, das Zusammenspiel symbiotischer, freiraumorientierter und bruchartiger Strategien. Ein Green New Deal im Sinne eines umfassenden reformpolitischen Maßnahmenpakets bildet dabei nicht den Zielhorizont, sondern müsste als Transformationsbaustein im Sinne einer »doppelten Transformation« genutzt werden, um die ersten Schritte einer dauerhaften, fortlaufenden Verschiebung politökonomischer Kräfteverhältnisse institutionell abzusichern und die Ausgangsposition für den weiteren Transformationsprozess zu verbessern. Dabei gilt es vor allem, eine Demokratisierung der Kontrolle über und des Zugangs zu Infrastrukturen der Daseinsvorsorge zu erkämp-

fen, in deren ökologische Modernisierung im Zuge eines GND absehbar große öffentliche Investitionen fließen würden. Teil dieser Demokratisierung wäre jenseits klassischer »Verstaatlichung« von Infrastrukturen vor allem die Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für kollektiv organisierte Freiräume, also Commons, innerhalb derer nach und nach resiliente, solidarische, von den Verwertungskreisläufen des globalen Kapitals möglichst autonome Alternativstrukturen ausgebaut werden können.

Zentral sowohl für das Gelingen dieser ersten Schritte als auch für eine tiefgehende Transformation, in der es zunehmend auf unmittelbare Eigentumskämpfe ankommen wird, ist der dauerhafte Aufbau von Gegenmacht. Das schließt nicht nur eine tiefgreifende Veränderung des Alltagsverstands ein, also die kulturelle Hegemonie einer entstehenden Postwachstumsgesellschaft, sondern ebenso einen zivilgesellschaftlichen Organisationsgrad, der wirkmächtige Massenmobilisierungen über längere Zeiträume ermöglicht. Wie anderswo sehen wir dafür im deutschen Kontext ein großes Potenzial an gesellschaftlichen Gruppen, die an einer solchen Transformation auch ein materielles Interesse hätten.

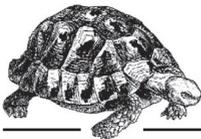
Mit diesen Impulsen möchten wir die weitere strategische Debatte über einen Systemwandel, einschließlich der hier angerissenen Vergesellschaftungsansätze, gerade innerhalb der Bewegungen anregen, die für einen Green New Deal oder auch für Degrowth kämpfen. In diesem Beitrag mussten wir dabei platzbedingt immer wieder den Fokus verengen und etwa Investitionspolitik zulasten anderer Regulationsformen privilegieren, bei Freiraumstrategien Sozialstaatsfragen außen vor lassen, die komplexe Frage von Gegenmacht unzulässigerweise stark auf Eigentumskämpfe reduzieren und nicht zuletzt die Transformation des Staates selbst ausklammern. Zu diskutieren bleibt auch, welche Schritte auf welchen politischen und geografischen Ebenen anzugehen wären: Der implizite nationale Fokus vieler unserer Ansätze ist so politisch, ökologisch und juristisch unbefriedigend, wie er kurzfristig institutionell alternativlos erscheint. Schließlich wäre weiter zu debattieren, inwiefern der Green-New-Deal-Begriff selbst angesichts des Kompromisses, den er schon enthält, besser der Gegenseite zu überlassen ist – oder strategisch von emanzipatorischen Bewegungen angeeignet werden sollte.

Literatur

- Adamczak, Bini (2017): *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*. Berlin.
- Adler, David / Wargan, Pawel (2019): 10 Säulen des Green New Deals für Europa. URL: <https://www.gndforeurope.com>, Zugriff: 22.10.2020.
- Aronoff, Kate u.a. (2019): *A Planet to Win: Why We Need a Green New Deal*. London-New York.

- Brie, Michael (2015): Beiträge zur kritischen Transformationsforschung – ein erster Überblick über den Diskussionsstand. In: Brie, Michael: Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2. Hamburg: 7-29.
- Burkett, Paul (2001): Marxism and Natural Limits: A Rejoinder. In: *Historical Materialism*, 8(1): 333-354.
- D'Alisa, Giacomo / Kallis, Giorgos (2020): Degrowth and the State. In: *Ecological Economics* 169: 106486. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2019.106486>.
- Dellheim, Judith / Wolf, Frieder O. (2009): Die Green New Deals – Positionen von links. In: *Standpunkte (Rosa-Luxemburg-Stiftung)*, Nr. 11.
- EU-Kommission (2019): The European Green Deal. URL: <https://ec.europa.eu/>, Zugriff: 24.8.2020
- Exner, Andreas u.a. (2008): Die Grenzen des Kapitalismus: Wie wir am Wachstum scheitern. Wien.
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin.
- Green New Deal Group (2008): A Green New Deal. London.
- Helfrich, Silke / Bollier, David (2014): Commons als transformative Kraft. In: Helfrich, Silke / Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: 15-23.
- Hofferberth, Elena / Schmelzer, Matthias (2019): Green New Deal versus Degrowth. Gekoppelt wird ein Schuh draus. In: *Politische Ökologie* 159: 31-37.
- Joswig, Gareth (2020): Geld für Gesundheit statt Flieger. In: *taz* (29.5.2020). URL: <https://taz.de/!5686724/>, Zugriff: 31.5.2020.
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg.
- Klein, Naomi (2018): The Game-Changing Promise of a Green New Deal. In: *The Intercept* (27.11.2018). URL: <https://theintercept.com/>, Zugriff: 19.12.2018.
- Koch, Max (2020): The state in the transformation to a sustainable postgrowth economy. In: *Environmental Politics* 29(1): 115133. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644016.2019.1684738>.
- Kuhnhenh, Kai u.a. (2020): Zukunft für alle. Eine Vision für 2048: gerecht. ökologisch. machbar. München.
- Marx, Karl (1867/1890): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: *Marx-Engels-Werke [MEW]*, Bd. 23. Berlin 1968.
- Mastini, Riccardo u.a. (2021): A Green New Deal without growth? In: *Ecological Economics* 179: 106832. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2020.106832>.
- Nowshin, Tonny (2020): Grüner Rassismus. In: *taz* (18.6.2020). URL: <https://taz.de/!5689986/>, Zugriff: 28. 6.2020.
- O'Connor, James (1998): The Second Contradiction of Capitalism. In: Ders.: *Natural Causes. Essays in Ecological Marxism*. New York/London: 158-177.
- OECD (2011): Towards Green Growth. URL: <http://www.oecd.org>, Zugriff: 16.10.2018.
- Ostrom, Elinor (2009): Beyond Markets and States: Polycentric Governance of Complex Economic systems, Nobel Prize Lecture (8.12.2009). URL: <https://www.nobelprize.org>, Zugriff: 8.10.2020.
- ÖBV (2020): Positionspapier zur Agrarpolitik nach 2020 der Österreichischen Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung. URL: <https://www.viacampesina.at/>, Zugriff: 16.11.2020.
- Parrique, Timothée u.a. (2019): Decoupling Debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. Brüssel.
- Petridis, Panos (2016, September): Strategies for purposive degrowth transformations. Nowtopias and non-reformist reform, 5th International Degrowth Conference, Budapest. URL: <https://www.researchgate.net/>, Zugriff: 9.11.2020.
- Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung, 2. Aufl. Hamburg.

- Schubert, Kirsten (2020): Kollektiv organisieren, präventiv behandeln. URL: <https://www.poliklinik-syndikat.org/>, Zugriff: 14.10.2020.
- Thiele, Lasse (2020): The Prospects of »Green« Capitalism: Systemic Accumulation and Cost Re-Externalizations in the Green Economy, Dissertation, Freie Universität Berlin. DOI: <https://doi.org/10.17169/REFUBIUM-27677>.
- UNEP (2009): A Global Green New Deal: Policy Brief. URL: <http://www.greengrowthknowledge.org>, Zugriff: 23.10.2018.
- (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. URL: <https://www.unep.org/greeneconomy/>, Zugriff: 22.11.2019.
- Wichterich, Christa (2017): Viele Orte überall: Care-Logik in alternativen Projekten und Potentiale von Gegenmacht. In: Feministische Studien 35(2): 259-275. DOI: <https://doi.org/10.1515/fs-2017-0029>.
- Wright, Erik O. (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Berlin.

express ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT		Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT www.express-afp.info express-afp@online.de Tel. (069) 67 99 84
	<p>Ausgabe 1/21 u.a.:</p> <ul style="list-style-type: none">• Stephan Krull: »Eine Wende in der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik?« – Die IGM-Tarifrunde und die Forderung nach einer Vier-Tage-Woche• Jörg Meyer: »Über Bande spielen« – Gespräch mit Arbeitsrechtler Daniel Weidmann über Kurzarbeit, Homeoffice und Gesundheitsschutz• 4-Stunden-Liga: »Moralisieren ist billig« – Gespräch über Arbeitszeitverkürzung als Beitrag zur CO₂-Reduktion• Slave Cubela: »Unter der proletarischen Maskerade« – Über einige Zweifel am Sozialismusbegriff• Michael Fütterer: »Power to the Bauer« – Die Protestbewegung der indischen Bauern und Solidarität in Deutschland	Probleesen?! Kostenfreies Exemplar per mail oder Telefon bestellen